

Rede Plenum 03. Juli 2013

Die CDU - Landtagsfraktion hat einen eigenen Gesetzentwurf zur dauerhaften und klaren Ordnung des Liquipools eingebracht.

Er ist der einzige im parlamentarischen Bereich vorliegende Regelungsvorschlag, der eine missbräuchliche oder missbrauchsintendierte Nutzung des Liquipools definitiv ausschließt.

Der Gesetzentwurf der CDU wendet die Vorgaben der Landesverfassung, die Vorschriften der LHO, die haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes Rheinland-Pfalz, das Budgetrecht des Landtags konsequent auf den Liquipool an.

Gleichwohl - die Beschlussempfehlung des HuFA erlaubt keinen Zweifel - die

Fraktionen von SPD und Grünen werden den Gesetzentwurf auf Drängen der Landesregierung ablehnen.

Lassen Sie uns kurz einen Blick werfen auf die hierzu geführte Diskussion und auf die ins Feld geführten tatsächlichen oder vermeintlichen Gründe der Ablehnung.

Wenn man genau hinschaut, bleiben am Ende nur wenige Rechtfertigungen, es bleibt eigentlich nur eine Rechtfertigung für die Ablehnung.

Am schwersten mit der Ablehnung tun sich offenbar die Kolleginnen und Kollegen der Grünen, namentlich der Kollege Steinbach. Er begründet seine Ablehnung dann letztlich mit dem Vorwurf, die CDU habe während der Beratungen ihre Meinung geändert.

Aber: Selbst wenn das so wäre - was ich nicht erkennen kann - und was auch nicht belegt ist, ist das beim besten Willen kein Kritikpunkt in der Sache und schon gar kein Ablehnungsgrund.

Bleibt die Argumentation der Landesregierung, der sich die SPD Fraktion ohne jedes eigene Interesse, ohne jede erkennbare eigene Akzentsetzung in der Sache kritiklos anschließt.

Die Landesregierung wäre z.B. bereit, einer Regelung in der LHO zuzustimmen.

Die von ihr in den Beratungen besonders dann am Schluss allerdings gezogene „rote Linie“, die sie hartnäckig verteidigt ist:

„ Ohne Schuldenaufnahme macht der Liquipool keinen Sinn.“

Das heißt umgekehrt: Der Sinn des Liquipools liegt für die Landesregierung im Schuldenmachen.

Das alleine sagt schon mehr aus über die Haushalts- und Finanzpolitik dieser Landesregierung als viele bedruckte Blätter Papier: Ein zentrales Instrument des Finanzmanagements des Landes macht nur Sinn, wenn es der Schuldenmacherei dient.

Das ist das Gegenteil von verantwortlicher Politik. Angesichts einer horrenden Verschuldung des Landes, sieben Jahre vor in Kraft treten der verfassungsmäßigen Schuldengrenze, müsste es das Ziel der Landesregierung oder doch zumindest des Finanzministers sein, sich das Parlament einschließlich der Opposition zum Verbündeten zu machen und alle Schuldenschlupflöcher zu schließen.

Aber damit nicht genug: Zu einem haushaltsrechtlich gefährlichen, zu einem explosiven Gemisch wird das Ganze erst recht, weil die Landesregierung auch weiterhin Kredite des Liquipools als Kassenverstärkungskredite getarnt am Parlament vorbei schleusen und an Stelle von Deckungskrediten verwenden will.

Klar wurde in den zurückliegenden Beratungen die Haltung der Landesregierung in einem Wortwechsel zwischen Sts. Dr. Barbaro und Rechnungshofpräsidenten Behnke:

Sts. Barbaro fasste seine Kritik an dem Regelungsentwurf der CDU zusammen in dem Satz:

„Keep it simple!“ Darauf antwortete Rechnungshofpräsident Behnke: „Keep it legal!“

Und das ist, worüber Sie heute abzustimmen haben:

Simple oder Legal - weiter einfach Schuldenmachen oder schließen dieses Schlupflochs.